

Sehr geehrter Herr OB Brand,
sehr geehrte Verwaltungsbank,
liebe ZuhörerInnen und liebe Kollegen und Kolleginnen

heute haben wir eine schwierige Entscheidung zu treffen und dabei geht es nicht darum ob wir sie treffen, sondern wie wir sie treffen. Und eines ist sicher: wir werden dafür nicht gelobt werden! Trotzdem ist es notwendig für die Zukunft Vorsorge zu treffen und Unterbringungen für kommende Anschlussunterbringungen zu planen, um für diese Pflichtaufgabe gerüstet zu sein.

Die bisherige dezentrale Unterbringung der Geflüchteten in Wohnungen, unser „Häfler Weg“ ist durch den Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Fluchtbewegungen aus dem Gleichgewicht geraten. Die Zahlen schossen nach oben, alle Beteiligten waren und sind maximal gefordert. Die Resolution, die wir im nächsten Punkt besprechen werden zeigt die Belastungen deutlich auf. Die in der Stadt Verantwortlichen haben deutlich über das übliche Maß hinaus sich eingebracht und nach Lösungen gesucht. An dieser Stelle wollen wir hier auch allen engagierten Mitbürgern danken, die sich in diesem Zusammenhang mit Wohnraum und ehrenamtlichem Engagement eingebracht haben.

Nun sind wir aber an einem Punkt angelangt, der nicht mehr mit dem bisherigen Modell der Anmietung von Wohnraum alleine lösbar ist, sondern baulicher Konsequenzen bedarf: wir benötigen entsprechende Unterkünfte für Anschlussunterbringungen, die möglichst verteilt im Stadtgebiet sein sollten, um Integration dadurch leichter zu realisieren. Dass dies bei den jeweils betroffenen Bewohnern keine Begeisterung hervorruft, ist jedem von uns bewusst und trotzdem können wir uns aktuell nicht vor dieser Aufgabe drücken. Appelle nach oben in Richtung Bund und Land und Europa nach einer sinnvollen Asylpolitik, die das Recht auf Asyl achtet und Fachkräfteeinwanderung ermöglicht, aber auch Grenzen setzt und hilft Fluchtgründe zu reduzieren, werden hoffentlich gehört und helfen uns auf lange Sicht – aber aktuell haben wir ein Problem, das wir lösen **müssen!** Und glauben sie mir, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer: Niemand hier im Rat, wirklich Niemand, macht sich diese Entscheidung leicht!

Die Bürgerinformation am 26.01. hat die Probleme aufgezeigt, die wir in allen Stadtteilen sehr ernst nehmen. Aus unserer Sicht gilt es die Lasten zu verteilen auf möglichst viele Schultern, ohne die Stadt finanziell zu überfordern. Dazu, und

das ist uns sehr wichtig, gilt es die Integrationsbemühungen weiter zu verstärken, mehr Geflüchtete bedeutet mehr Kindergarten- und Schulplätze, mehr Deutschkurse, mehr notwendige Unterstützung durch das Ehrenamt und vor allem auch durch die Verwaltung, das Integrationsamt und andere Stellen, an denen aufgrund des Fachkräftemangels personelle Not herrscht. Der Anspruch für die Zukunft muss weiterhin der „Häfler Weg“ sein mit kleinräumiger Verteilung und integrativem Ansatz gemeinsam mit allen 3 Dezernaten.

Heute geht es aber zunächst um mögliche Standorte, 5 wurden in dieser Vorlage von der Verwaltung vorgeschlagen und in einer Bürgerversammlung vorgestellt und 2 davon zusätzlich in einer öffentlichen Ortschaftsratsitzung in Ettenkirch vor Ort besprochen. Die sich daraus ergebenden Bedenken und Umstände, die leider im Vorfeld offenbar nicht ausreichend abgeklärt waren, zeigen aus unserer Sicht, dass noch Vieles unklar ist und somit aus unserer Sicht eine Festlegung und Priorisierung uns aufgrund des aktuellen Kenntnisstandes verfrüht erscheint.

Was Ettenkirch betrifft hat Herr Baumeister als Ortsvorsteher verdeutlicht, dass weder das Grundstück am Feuerwehrmuseum noch das Grundstück am Pfarrhaus aktuell zur Verfügung stehen. Beim Feuerwehrmuseum aufgrund Eigenbedarf der Feuerwehr, der Vorrang hat, beim Pfarrhaus können wir nicht über ein Grundstück verfügen, das der Vermögensverwaltung der Diözese gehört und diese laut Auskunft des Kirchengemeinderates nicht zur Verfügung stellen wird. Der Beschluss des Ortschaftsrates Ettenkirch wird von uns daher vollumfänglich unterstützt und wir bitten, über diesen entsprechend abzustimmen. Eine zusätzliche Belegung des Pfarrhauses und Verlängerung des Mietvertrages kann dagegen laut Kirchengemeinderat perspektivisch mit der Kirche verhandelt werden. Dies würde zu einer deutlichen zusätzlichen Belegung führen. Nochmals, es geht nicht um grundsätzliche Ablehnung, sondern realistische Planungen und es ist keine Rosinenpickerei, wie vom Kollegen vorgeworfen. Dieser Vorwurf zeugt nur von geringer Orts- und Sachkenntnis.

Bezüglich Altallmannsweiler stimmen aus unserer Sicht Theorie und Praxis nicht zusammen: ein großes Grundstück steht hier zur Verfügung, eine Bebauung wäre möglich auch in der angegebenen Größe – dagegen steht jedoch eine Quartiersgemeinschaft mit 600 Bewohnern und Bewohnerinnen, die in einem Mischgebiet leben, sich fast ausschließlich aus jüngeren Familien zusammensetzen und durchaus gewillt sind Integration aktiv zu leben, jedoch eine Einrichtung dieser Größenordnung sich absolut nicht vorstellen können. Da helfen nun auch nicht Beschwichtigungen aller Art, die mögliche Belegung mit

150 Personen steht im Raum – und löst verständlicherweise Abwehr und Ängste aus! Dazu kommen eine schlechte verkehrliche Anbindung, übervolle Kindergärten, kein Kinderspielplatz, usw. Das führt dazu, dass wir diesen Standort in dieser Größenordnung ablehnen werden, wobei wir einer verträglichen Größenordnung, abgestimmt im Quartier mit den Bürgern offen gegenüberstehen. Ohne Einbezug und Mitnahme der dortigen Bewohner wird es keine Akzeptanz geben. Wir beantragen daher, alternativ zum Verwaltungsvorschlag hierüber abzustimmen.

Bei den beiden Vorschlägen „Rotes Haus“ und Kluffern sehen wir ebenfalls noch viele Abklärungsnotwendigkeiten, jedoch können diese beiden Grundstücke in der vorgeschlagenen Form aus unserer Sicht weiter verfolgt werden und wären vorrangig. In Kluffern wie es von Ortsvorsteher und Ortschaftsrat vorgeschlagen wurde.

Wir bitten um Einzelabstimmung des 2. Tagesordnungspunktes.

Da sich offenbar doch mehr Hindernisse ergeben als vorgesehen schlagen wir vor, zeitnah noch weitere Grundstücke aus dem Suchprogramm in die Überlegungen mit einzubeziehen und sie in den Gremien offen zu besprechen. Wir sind uns dessen bewusst, dass uns dieses Thema auch weiterhin intensiv beschäftigen wird, da noch viele Schritte erfolgen müssen, bevor tatsächlich eine neue Unterkunft bezugsfertig sein wird, daher müssen und wollen wir an diesem Thema dranbleiben.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Dr. Dagmar Hoehne/04.02.2024